BESCHLUSSVORLAGE

für die 19. DOSB-Mitgliederversammlung am 3. Dezember 2022

TOP 15 Anträge

15.1 Strategieprozess für eine mögliche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele

---

Beschlussvorschlag

Die Mitgliedsversammlung beauftragt den Deutschen Olympischen Sportbund für das Jahr 2023 mit der Erarbeitung einer qualifizierten Grundsatzentscheidung ob, für welches Jahr, mit welchen präferierten Austragungsorten und unter welchen konkreten Rahmenbedingungen sich Deutschland erneut um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele bewerben soll. Diese Konzeption wird auf der Mitgliederversammlung 2023 vorgelegt.

Zur Erfüllung dieser Vorgabe werden von der Mitgliederversammlung für das kommende Jahr folgende Maßnahmen beschlossen, die im Jahr 2023 vollumfänglich aus DOSB-eigenen Mitteln finanziert werden:

1. **Berufung eines Lenkungskreises**
   Um von Prozessbeginn an die Einbindung aller relevanten Stakeholder sicher zu stellen, soll die Erstellung der Entscheidungsvorbereitung von einem Lenkungskreis begleitet werden, der – unterstützt von zwei Arbeitsgruppen - die Frage nach dem „Warum“ als auch dem „Wo“ und „Wann“ einer Bewerbung konstruktiv begleitet und eine Empfehlung für die Mitgliederversammlung Ende 2023 abgibt. Die Lenkungsgruppe wird von DOSB und BMI geleitet. Die inhaltliche und organisatorische Planung übernimmt die Stabsstelle Olympiabewerbung.

   Als ständige Mitglieder entsenden die olympischen Spitzenverbände (3), die Landessportbünde (2), der Deutsche Behindertensportverband, die Athlet*innen-Vertretung, die Sportminister*innenkonferenz und der Deutsche Städtetag (je 1) Vertreter*in. Zur fachlichen Unterstützung können temporär und themenbezogen NGOs, Vertreter*innen früherer Bewerbungen sowie weitere externe Expert*innen hinzugeladen werden.

2. **Durchführung von bundesweiten Debattencamps**
   Die derzeit unstrukturiert geführte öffentliche Diskussion um Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Good Governance im Sport lässt – unabhängig von einer konkreten Bewerbungsabsicht – eine breite gesellschaftliche Debatte über Sportgroßveranstaltungen sinnvoll erscheinen.

   In maximal zehn vom DOSB durchgeführten, eintägigen Debattencamps sollen Befürworter*innen und Kritiker*innen im offenen Dialog erörtern, welche Voraussetzungen und Erwartungen an zukünftige Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland geknüpft sind. Neben den durch Sport und Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen soll daraus im Ergebnis ein verbindliches gesamtgesellschaftliches Zielsystem für zukünftige Bewerbungen entstehen.

3. **Erarbeitung einer Szenarienanalyse**
   Bereits heute ist Deutschland Weltspitze in der Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen. In den Jahren 2005-2025 wurden und werden mehr als 1.000 internationale Wettbewerbe in nahezu allen olympischen Sommer- und Wintersportarten ausgetragen. Vor diesem Hintergrund soll ergebnisoffen in verschiedenen Szenarien für Sommer und Winter geprüft werden, ob und wie maximal nachhaltige Spiele in bestehenden und erprobten Sportstätten umgesetzt werden können. Die

daraus entstehenden räumlichen Grobkonzepte sollen anhand der sportfachlichen Eignung, der Erfüllung der gesellschaftlichen Ziele und der internationalen Chancen vergleichend bewertet und in Abstimmung mit den geeigneten Ausrichterregionen möglichst bis Ende 2023 zu einem Vorzugsszenario vertieft werden.

Begründung

a) Anlass und Ziel

Olympische und Paralympische Spiele sind das größte Sportereignis der Welt. Bei keiner anderen Sportgroßveranstaltung wird die globale Diversität sowie der gesellschaftliche Stellenwert und die gesellschaftliche Verantwortung des modernen Sports sichtbarer.

Deutschland zählt zu den etabliertesten, passioniertesten und erfolgreichsten Sportnationen der Welt. Dennoch wurden von den 53 Olympischen Spielen der Neuzeit seit 1896 nur drei in Deutschland ausgetragen, zuletzt die Sommerspiele in München vor 50 Jahren in München.

Dies zu ändern ist das Ziel des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Nach sechs erfolglosen Anläufen in den vergangenen 30 Jahren will der Sport gemeinsam mit der Politik, vor allem aber mit allen Teilen der Zivilgesellschaft ein modernes, integratives und richtungsweisendes Bewerbungskonzept erarbeiten, welches den Anforderungen aller Interessengruppen (vollumfänglich) gerecht wird.

Hierfür richtet der DOSB spätestens zum 1. Februar 2023 eine „Stabstelle Olympiabewerbung“ auf Ebene des Vorstands im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden ein. Diese koordiniert entsprechend der Roadmap alle Maßnahmen in Bezug auf eine etwaige Bewerbung und berichtet direkt an den Vorstand und das Präsidium. Die Stabstelle ist im Stellenplan des DOSB für 2023 mit fünf Personalstellen eingeplant.

b) Erkenntnisse aus vorangegangenen Bewerbungen

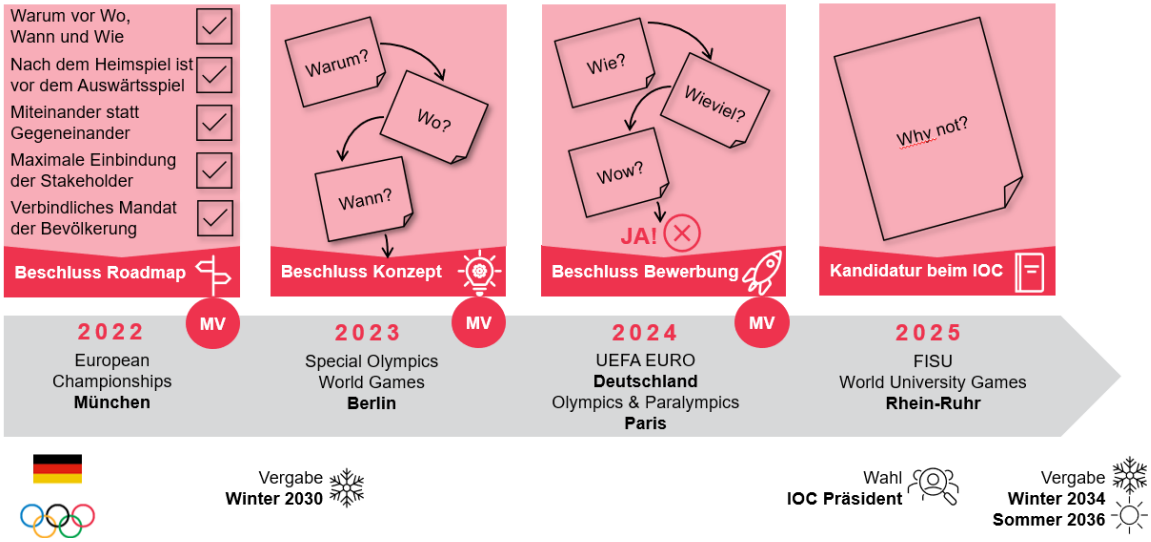
Allein in den vergangenen 20 Jahren scheiterten vier deutsche Bewerbungsanläufe. Somit ist die Bundesrepublik der einzige G7 Staat, der zwischen 2010 und 2028 keine Olympischen und Paralympischen Spiele ausrichtet(e).

Die Stadt Leipzig schaffte es im Rennen um die Olympischen Spiele 2012 auf Grund fehlender Infrastruktur und Unterbringungskapazitäten gegen starke Konkurrenz aus Paris, Madrid, New York, London und Moskau beim IOC nicht in die Endrunde der Kandidaten. München präsentierte für die Winterspiele 2018 zwar ein hochgelobtes Konzept, war am Ende gegen den international deutlich besser vernetzten Wiederbewerber Pyeongchang aus Südkorea jedoch chancenlos. Die erneute Bewerbung Münchens für die Winterspiele vier Jahre später wurde von den Bürger*innen in den vier betroffenen Gemeinden und Landkreisen mit Bezug auf die hohen ökonomischen und ökologischen Risiken abgelehnt.

Gleiches gilt für die Bewerbung Hamburgs um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024. Im November 2015 stimmten knapp 52% der Bevölkerung bei einem Bürgerentscheid gegen eine Bewerbung. Ausschlaggebend hierfür waren neben den nationalen gesellschaftspolitischen Herausforderungen insbesondere die Kritik an den IOC-Verträgen, hohe Kosten, eine ungeklärte Finanzierung sowie Sicherheitsbedenken.

Für eine erneute Bewerbung lassen sich aus den erfolglosen Bewerbungen vor allem fünf erfolgsentscheidende Prämissen für eine erneute Bewerbung ableiten:

- **Warum vor Wo, Wann und Wie** - Bevor wir uns mit konkreten Planungen beschäftigen, klären wir die übergeordnete Erwartungshaltung von Sport, Politik und Gesellschaft und machen diese zum Ausgangspunkt eines neuen Bewerbungskonzepts.
- **Nach dem Heimspiel ist vor dem Auswärtsspiel** - Wir sichern zunächst die nationale Unterstützung und müssen uns gleichzeitig durch mehr Vernetzung und Präsenz im Weltsport auf den internationalen Wettbewerb vorbereiten.
- **Miteinander statt Gegeneinander** - Wir verzichten auf eine nationale Konkurrenz und entwickeln das Bewerbungskonzept gemeinsam mit den geeigneten und interessierten Städten und Regionen.
- **Maximale Einbindung der Stakeholder** - Wir beteiligen Mitgliedsorganisationen, Athlet*innen, Bund BMI, Städte und Länder über den gesamten Prozess in einer Lenkungsgruppe.
- **Verbindliches Mandat der Gesellschaft** - Wir werden keine Bewerbung ohne eine breite Unterstützung der Bevölkerung abgeben.



c) Zeitlicher Rahmen für zukünftige Bewerbungen

Derzeit sind die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele bis 2032 und die Winterspiele bis 2026 vergeben. Die Vergabe der Winterspiele 2030 erfolgt voraussichtlich auf der nächsten IOC-Vollversammlung im Herbst 2023. Auch wenn der reformierte IOC-Auswahlprozess weniger formal ist und die Vergabe nicht mehr zwingend sieben Jahre vor den Spielen stattfindet, wird die Entscheidung über die Austragungsorte ab 2034 bzw. 2036 aller Voraussicht nach frühestens nach der Wahl einer*s neuen IOC-Präsident*in im Jahr 2025 starten.

Somit bleibt einerseits ausreichend Zeit, eine mögliche Bewerbung im Jahr 2023 zu entwickeln und intensiv vor allem mit der Zivilgesellschaft zu diskutieren und sie der Bevölkerung in 2024 zu einer verbindlichen Abstimmung vorzulegen. Die in diesem Zeitraum stattfindenden Events, wie die Special Olympics World Games 2023, die Handball-Europameisterschaft und die UEFA EURO können genutzt werden, um national und international die Begeisterung für nachhaltige Sportgroßveranstaltungen in Deutschland zu steigern.

Präsidium
Frankfurt am Main, 5. November 2022